

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Postcode 1

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@goa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Mai 2009 Nr. 138

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee **GSoA**

Geschafft! Kampffjetinitiative: 126'000 Unterschriften gesammelt! Herzlichen Dank!



www.gsoa.ch – alles neu macht der Mai
Neben der interaktiven Waffenexport-Skandal-Karte
(maps.kriegsmaterial.ch, siehe auch Seite 4), können wir
auch die Aufschaltung der neuen GSoA-Homepage ver-
melden. Allen Interessierten viel Spass beim Stöbern auf
www.gsoa.ch!

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser der GSoA-Zitig,

Für einen kurzen Moment geisterte diesen Frühling das «fehlende Unrechtsbewusstsein» der Schweizer Eliten durch die helvetische Medienlandschaft. Der HSG-Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann hatte damit vor einem Ausschuss des deutschen Bundestages die Einstellung der Schweiz zum Bankgeheimnis umschrieben. Und in der Tat lässt es sich moralisch nicht rechtfertigen, dass sich unsere Banken ohne nennenswerte eigene Leistung auf Kosten anderer Staaten bereichern.

Das Unrechtsbewusstsein fehlt der Schweiz auch in anderen Bereichen. Laut den neuesten Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI belegte die Schweiz im Jahre 2008 bei den Kriegsmaterial-Exporten pro Kopf weltweit den zweiten Rang. Pro Einwohnerin und Einwohner exportierte die Schweiz mehr als doppelt so viele Waffen wie beispielsweise die USA. Sie sind erstaunt? Kein Wunder. Dass die Schweiz wie kaum ein anderes Land vom Geschäft mit dem Tod profitiert, ist in den Mainstream-Medien genauso wenig ein Thema, wie es das Bankgeheimnis vor einigen Jahren war.

Aber es tut sich etwas. In den USA wurde erstmals ein Schweizer Rüstungskonzern für seine Waffengeschäfte mit dem Apartheid-Regime in Südafrika angeklagt (siehe Seite 5) und in der Schweiz gibt es Anzeichen dafür, dass die bisher lasche Bewilligungspraxis für Exporte bald verschärft werden muss (siehe Seite 4). Die Abstimmungskampagne über die Kriegsmaterial-Initiative ist unsere Chance, den Menschen in der Schweiz bewusst zu machen, welches Unrecht durch Waffenexporte nach Saudi-Arabien, Pakistan oder Israel verursacht wird.

Auch bei anderen Themen macht die GSoA vorwärts: Wir haben die Unterschriften für die Volksinitiative gegen die neuen Kampffjets fertig gesammelt und werden sie schon bald bei der Bundeskanzlei deponieren können (siehe Seite 3). Auch den Einsatz von Schweizer Soldaten vor Somalia und die damit verbundene Änderung des Militärgesetzes (ebenfalls Seite 3) werden wir aktiv zu verhindern versuchen. Was die Menschen in Somalia brauchen sind nicht Armeeinsätze in schlechtester Kolonialtradition, sondern zivile Aufbauhilfe.

Für das Redaktionsteam: Andreas Weibel

Ostermarsch 2009



GSOA-VOLLVERSAMMLUNG

Stoppt die Kriegsmaterial-Exporte!

Die diesjährige Vollversammlung der GSoA stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Abstimmung über die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». Zahlreiche GSoA-Aktivistinnen und Aktivisten diskutierten engagiert über die Kampagne. Von Rahel Ruch

Am 19. April dieses Jahres fand im Restaurant Kreuz in Solothurn die diesjährige GSoA-Vollversammlung statt. Im Rahmen der Vollversammlung starteten die zahlreich anwesenden GSoA-AktivistInnen den Abstimmungskampf für die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». Der Historiker Jean-Marie Pellaux, Autor des kürzlich erschienenen Buches «L'affaire Pilatus», gab einen Überblick über die zahlreichen Skandal-Lieferungen von Pilatus-Militärflugzeugen in Krisengebiete (siehe auch Seite 5). Hans Lammerant aus Belgien zeigte die europäischen und globalen Ausmasse des militärisch-industriellen Komplexes auf. Einmal

mehr wurde klar: Sowohl in der Schweiz als auch international ist die Rüstungsindustrie ein mächtiger und skrupelloser Gegner. Umso motivierter diskutierten die Anwesenden über Formen und Inhalte unserer Kampagne, welche die Folgen der Schweizer Kriegsmaterial-Exportpolitik aufzeigen will. Die Entschlossenheit aller GSoA-TInnen, mit dieser Initiative einen grossen Schritt auf dem Weg gegen Krieg und Gewalt weiterzukommen, war förmlich spürbar.

Neben der Kriegsmaterial-Initiative wurde über den geplanten Soldateneinsatz in Somalia debattiert und eine Resolution verabschiedet, in welcher die GSoA alle Nationalrätinnen und Nationalräte dazu aufruft, die Beteiligung von Schweizer Soldaten an der Operation «Atalanta» vor der somalischen Küste sowie die angekündigte Revision des Militärgesetzes abzulehnen. Die fruchtbaren Diskussionen unter GSoA-AktivistInnen zwischen 16 und 78 Jahren werden weitergeführt, und zwar am Fitamin-Wochenende vom 20./21. Juni. Weitere Infos siehe unten.

Kommt alle ans Fitamin!

(pa) Bereits diesen Herbst könnte die Initiative der GSoA «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» zur Abstimmung kommen. Die Rüstungsindustrie wird Millionen in den Abstimmungskampf buttern. Da die GSoA über ein nur sehr beschränktes Budget verfügt, sind wir vor allem auf das persönliche Engagement unserer Aktivistinnen und Aktivisten angewiesen. Das legendäre GSoA-Fitamin ist der ideale Ort, sich gegenseitig für den Abstimmungskampf zu motivieren und «fit» zu machen.

In verschiedenen Workshops wird über die einzelnen Argumente der Initiative informiert und diskutiert. Es werden Aktionen und Kampagnen geplant. Natürlich bleibt auch Zeit für Speis und Trank und nicht-politische Gespräche.

Zu diesem GSoA-Wochenende laden wir euch alle herzlich ein. Es findet am **20. und 21. Juni 2009** in Walisellen statt. Das Fitamin steht allen Interessierten offen. Wir freuen uns über zahlreiche Anmeldungen. Anmelden könnt ihr euch bis am 10. Juni 2009 per Mail (gsoa@gsoa.ch) oder telefonisch unter der Nummer 044 273 01 00.

OSTERMARSCH 2009

Eine Friedenspolitik für Alle

Sommerlich warme Temperaturen herrschten am Ostermarsch, welcher zum siebten Mal in Folge in Bern stattfand. Ganz im Gegensatz dazu weht MigrantInnen, welche im Zentrum des diesjährigen Ostermarsches standen, politisch ein kalter Wind entgegen. Von Nina Regli

Über 700 TeilnehmerInnen folgten dem Aufruf zum Ostermarsch 2009, welchen knapp 30 friedenspolitische und kirchliche Organisationen zusammen mit der GSoA unterzeichnet hatten. Angesichts der laufenden Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht schien das Motto des diesjährigen Ostermarsches «Stopp den Ausgrenzungen und Frieden den MigrantInnen» äusserst dringlich. Friedenspolitik, so der Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch, beinhalte auch eine Politik, welche Mauern und Ungleichheiten abbaue. Der Zugang zu sozialen und politischen Rechten müsse für alle in der Schweiz lebenden Menschen garantiert werden. Die GSoA-Aktivistin Louise Schneider verwies

noch auf eine weitere Dimension. In ihrer Eröffnungsrede im Eichholz betonte sie, dass die Schweiz mit ihren Waffenlieferungen daran beteiligt sei, Konflikte aufrechtzuerhalten, welche unzählige Menschen in die Flucht zwingen. Nach einem idyllischen Spaziergang entlang der Aare, bei dem sich immer mehr Leute anschlossen, fand sich der nunmehr über 700 Leute umfassende Demonstrationzug auf dem Münsterplatz ein.

Neben einer Rede von Alt-Nationalrätin Anne-Cathrine Menétrey-Savary, welche darauf hinwies, wie sehr sich nicht nur die Schweiz, sondern ganz Europa immer mehr zumauern, sprach Alicia Gamboa, Sozialantrophologin und selbst Migrantin, von der Dringlichkeit, Sans-Papiers zu regularisieren. Schliesslich hielt die Kolumnistin Marina Bolzli eine humorvolle Rede über das Schweizer Gärtchendenken. Die kurdischen Spezialitäten und die osteuropäischen Klänge der Band Bateau Ivre verliehen dem Ostermarsch trotz der Schwere des diesjährigen Mottos zusätzlich einen wohlthuenden Abschluss.

KAMPFJET-BESCHAFFUNG

Die Verunsicherung geht um

Die Armee von Ueli Maurer ist verunsichert. Auf Antrag Maurers entscheidet der Bundesrat nicht wie geplant Ende Juni, sondern frühestens Ende Jahr über den Kauf von neuen Kampfflugzeugen. Ein erster Erfolg für die GSoA. Von Reto Moosmann

Spärlicher kann eine Medienmitteilung kaum ausfallen: Mit mageren drei Sätzen gab das VBS am 25. März 2009 bekannt, dass es bei der Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge zu einer mindestens sechsmonatigen Verzögerung kommt. Der Bundesrat werde den Typenentscheid frühestens Ende Jahr fällen, wenn der neue Sicherheitspolitische Bericht vorliege (siehe auch Seite 6). Zweifellos: Die Initiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» der GSoA zeigt bereits erste Erfolge.

Die überraschende Vertagung des Entscheids wirft Fragen auf, sind doch die Fahrpläne sowohl für die Beschaffung der Flugzeuge als auch für die Erstellung des Sicherheitspolitischen Berichts seit langem bekannt. Als Samuel Schmid

am 2. Juli 2008 bekannt gab, der Sicherheitspolitische Bericht aus dem Jahr 2000 solle überarbeitet werden, begründete der damalige VBS-Vorsteher diese Überarbeitung unter anderem damit, dass der Bericht aufzeigen solle, weshalb die Schweiz neue Kampfflugzeuge brauche. Auch der Zeitpunkt, wann der Bundesrat über die Beschaffung des neuen Flugzeuges entscheiden will, ist seit mindestens zwei Jahren bekannt. Die Frage stellt sich also: Wieso merkt der Bundesrat erst jetzt, dass der Sicherheitspolitische Bericht noch gar nicht fertiggestellt ist, wenn er über die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge entscheiden soll?

Zweifel an der Notwendigkeit

Es scheint mehr als offensichtlich zu sein, dass die Armeeestrategen und der Bundesrat zunehmend Zweifel haben, ob sich für die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge eine Mehrheit der Stimmbevölkerung erwärmen lässt. Oder anders gesagt: Die Verunsicherung ist gross. Da muten die Beteuerungen von Ueli Maurer, die

Schweiz brauche die neuen Flugzeuge unbedingt – wie zuletzt anlässlich eines Luftwaffenrapports – wie verzweifelte Durchhalteparolen an.

Und noch etwas zeigt die Verschiebung der Kampffliegerbeschaffung: So existenziell für die Sicherheit der Schweiz können diese Flugzeuge nicht sein. Ursprünglich war geplant, dem Parlament die Beschaffung der neuen Flugzeuge mit dem Rüstungsprogramm 2010 zu unterbreiten. Nun sollen die Kampfflugzeuge frühestens mit dem Rüstungsprogramm 2013 gekauft werden. Würden die VerfechterInnen der Kampfjets glauben, was sie selber sagten, so würden sie sich wegen der Verschiebung unendliche viele Sorgen um die Sicherheit im Schweizer Luftraum machen müssen. Das tun sie aber nicht. Und vielleicht müssen sie sich an dieses Gefühl gewöhnen. Die GSoA ist nämlich überzeugt: Die Chancen stehen gut, dass spätestens die Stimmberechtigten den unsinnigen Kauf der neuen Kampfflugzeuge stoppen werden.



Die Chancen für den Kauf der neuen Kampfjets stehen schlechter denn je.

Initiative gegen neue Kampfflugzeuge

Die Unterschriften sind beisammen!

(rr) Nach rund 11 Monaten Sammelphase sind 126'000 Unterschriften für die Initiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» beisammen – mehr als genug, um die Initiative einzureichen. Das ist eine bemerkenswerte Leistung, die nur dank all den freiwilligen Sammlerinnen und Sammlern möglich war. Wir danken Euch herzlich für Euren Einsatz! Wir werden die Initiative im Juni, also genau ein Jahr nach der Lancierung, gemeinsam einreichen können.

MILITÄRGESETZ-REVISION

Keine Beteiligung am Krieg um Ressourcen!

Gleichzeitig mit der Botschaft über den geplanten Armeeeinsatz am Horn von Afrika präsentiert der Bundesrat eine Gesetzesrevision, welche eine Beteiligung der Schweizer Armee an Kriegen um Ressourcen ermöglicht. Die GSoA lehnt die vorgeschlagene Revision entschieden ab. Von Reto Moosmann

Die Vorlage sieht vor, dass sich die Schweizer Armee künftig an «internationalen Polizeiaktionen» beteiligen darf. Damit greift der Bundesrat in die wortschöpferische Trickkiste: Eine völkerrechtliche Definition, was unter einer solchen Aktion zu verstehen ist, existiert nicht. In Tat und Wahrheit ermöglicht das Gesetz eine Schweizer Beteiligung an beliebigen Kriegen um Ressourcen: Die Schweizer Armee soll gemäss Botschaft künftig dann im Ausland mi-

litärisch intervenieren können, wenn es darum geht, den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu verteidigen: Schutz von Erdöl- und Erdgaspipelines sowie von Naturschätzen wie Uran gehören ebenso zu den möglichen Einsatzszenarien wie die «Kanalisation und Absicherung von Migrationsströmen».

Referendum nötig?

Der Bundesrat versucht, die Beteiligung von Schweizer Soldaten an militärischen Interventionen zu verharmlosen, indem er sagt, dass es lediglich um eine polizeiliche Unterstützung von sogenannten «Failed States» gehe (Staaten, welche ihre grundlegendsten Funktionen nicht mehr wahrnehmen können). Fakt ist: In «Failed States» wie Afghanistan oder dem Irak werden durch westliche Mächte eigentliche Marionettenregierungen installiert. Diese ermöglichen

dann den westlichen Mächten in schlechtester Kolonialtradition die Durchsetzung von wirtschaftlichen oder geopolitischen Interessen – wenn nötig mit militärischer Gewalt.

Laut Gesetzestext darf sich die Schweiz an einem Einsatz beteiligen, wenn «mehrere Staaten» oder «eine internationale Organisation» die Schweiz darum ersuchen. Ein Mandat einer völkerrechtlichen Organisation ist somit keine zwingende Voraussetzung für die Entsendung von Schweizer Soldaten.

Die GSoA lehnt die Revision entschieden ab. Diese Gesetzesänderung ist ein friedenspolitischer Skandal. Die GSoA ist überzeugt, dass diese Revision in den beiden Räten keine Chance hat. Sollte sie dennoch durchkommen, wird die GSoA das Referendum ergreifen müssen.

ARMEEEINSATZ IN SOMALIA

Ursachenbekämpfung statt Piratenjagd

Der Bundesrat will bewaffnete Elitesoldaten im Kampf gegen die Piraterie in den Golf von Aden entsenden. Statt die Militarisierung der Weltmeere voranzutreiben, würde der Bundesrat besser die sozialen und politischen Ursachen der Piraterie bekämpfen. Zudem lässt das geltende Militärgesetz einen solchen Einsatz gar nicht zu. Von Josef Lang

In Somalia tut der Aufbau stabiler gesellschaftlicher Strukturen und eines demokratischen Staatssystems Not. Seit den 90er Jahren verfügt das Land über keine anerkannte Regierung mehr. Das Land wird von Bürgerkriegen heimgesucht, zu grossen Teilen von Warlords beherrscht und wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Hunger und Armut gehören zum Alltag der Bevölkerung. Das war nicht immer so: Lange Zeit

boten die Fischgründe vor der Küste Somalias eine ausreichende wirtschaftliche Grundlage für die BewohnerInnen des Landes. Doch dem Zerfall der letzten funktionierenden Regierung fiel auch die Küstenwache zum Opfer. Seither fischten europäische und asiatische Fischereounternehmen oder «Piratenfischer» illegal die somalischen Gewässer leer. Einige der lokalen Fischer wurden danach aus ihrer Not heraus zu Piraten. In der Zwischenzeit ist aus der Kleinpiraterie der ehemaligen Fischer ein Geschäft geworden – welches im Gegensatz zum Elend der somalischen Bevölkerung breit wahrgenommen wird.

Vor den somalischen Küsten entsorgten in den letzten Jahren europäische Firmen illegal gefährlichen Abfall, wie radioaktiven Sondermüll, giftige Chemikalien und Schwermetalle. Auch Schweizer Firmen mischten in diesem Geschäft

mit. Als Folge des Tsunamis wurde 2004 tonnenweise dieser giftigen Substanzen an die Strände Somalias gespült. Was die Unternehmen in Europa teuer entsorgen müssten, kippen sie für sehr viel weniger Geld einfach vor die somalische Küste.

Illegaler Auslandeinsatz

Ein funktionierender Staat mit wirtschaftlichen Perspektiven wäre in der Lage, die Piraterie einzudämmen. Die an der EU-Mission beteiligten Staaten täten gut daran, ihre Finanzkraft in entwicklungspolitische Unterstützung für Somalia zu investieren, statt ihre teure Kriegsmaschinerie zu senden. Das gilt auch für die Schweiz: Der geplante Militäreinsatz würde die Schweiz mit 16 Millionen Franken fast doppelt so viel kosten, wie sie jährlich für die zivile Hilfe in Somalia aufwendet.

Die Entsendung von bewaffneten Elitesoldaten nach Somalia ist zudem illegal – diese Meinung vertreten auch renommierte Staatsrechtler wie Markus Mohler. Artikel 69 des heutigen Militärgesetzes bezweckt, «Hilfeleistungen» zugunsten von «humanitären Aktionen in Katastrophenfällen» sowie den Schutz von Schweizer Botschaften im Ausland zu ermöglichen. Eine Beteiligung an der Piratenjagd ist durch diesen Artikel nicht vorgesehen.

Was Somalia braucht, ist ein viel stärkeres Engagement für die Lösung der sozialen und politischen Probleme. Die Schweiz soll sich darauf konzentrieren, die Wurzeln der Piraterie anzugehen, statt die Militarisierung der Weltmeere und der Schweizer Aussenpolitik voranzutreiben. Nur das bringt eine nachhaltige Sicherheit für die Schifffahrt und Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die Menschen in Somalia.

NEUE KRIEGSMATERIAL-VERORDNUNG

Bundesrat verbietet alle Waffenexporte in die USA!

Was tönt wie ein Wunschtraum, ist Realität: Die im Dezember in Kraft getretene Kriegsmaterialverordnung verbietet Exporte in die USA, nach Pakistan oder Rumänien. Während die Öffentlichkeit davon bisher noch keine Kenntnis genommen hat, versucht der Bundesrat, einen ungelinkten Rückzieher zu machen.

Von Andreas Weibel

Auf Druck der hängigen Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» änderte der Bundesrat im vergangenen Winter die Verordnung über das Kriegsmaterial. Die angepasste Verordnung sieht unter anderem vor, dass die Schweiz keine Ausfuhren mehr an Staaten bewilligen darf, welche in «einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind.» Es ist nicht klar, ob der Bundesrat sich

der Tragweite dieser Klausel bewusst war. Aber da die Verordnung seit Anfang Jahr in Kraft ist, dürften neu viele der grössten Abnehmerländer von Schweizer Kriegsmaterial nicht mehr beliefert werden. Sie sind derzeit nämlich in bewaffnete Konflikte verwickelt.

Was sind bewaffnete Konflikte?

Der Begriff des «bewaffneten Konflikts» ist einer der Eckpfeiler des internationalen Rechts. Die GSoA-Zeitung sprach mit Professor Andrew Clapham, Direktor der Akademie für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte in Genf, und Dr. Annyssa Bellal. Sie ist am selben Institut Forschungskoodinatorin des «Rule of Law in Armed Conflict Projects (RULAC)», welches die weltweiten Konflikte nach dem Gesichtspunkt des internationalen Rechts klassifiziert*.

GSoA-Zeitung: Wie ist der Begriff des bewaffneten Konflikts definiert?

Annyssa Bellal: «Das internationale humanitäre Recht unterscheidet zwischen internationalen bewaffneten Konflikten und internen, also nicht-internationalen Konflikten. Internationale Konflikte werden im Kommentar zum Gemeinsamen Artikel 2 der Genfer Konventionen beschrieben als «Zwist zwischen zwei Staaten, welcher die Intervention von Mitgliedern der Streitkräfte herbeiführt».

Für die Definition des nicht-internationalen Konflikts sind der Gemeinsame Artikel 3 und das zweite Zusatzprotokoll der Genfer Konventionen zentral. Die ausschlaggebende Interpretation lieferte der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien im Fall Tadic: Damit ein nicht-internationaler Konflikt vorliegt, müssen organisierte nicht-staatliche Gruppen an intensiven und langfristigen ('protracted') Feindseligkeiten teilnehmen.»

höchste Behördenvertreter bestätigen hinter vorgehaltener Hand, dass deshalb seit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung im Prinzip kaum noch Bewilligungen für Rüstungsexporte erteilt werden dürften.

Nationalrat und GSoA-Vorstandsmitglied Jo Lang forderte vom Bundesrat Aufklärung, wie er die neue Kriegsmaterial-Verordnung auszuliegen gedenke. Das zuständige Volkswirtschaftsdepartement antwortete, dass es an der Bewilligungspraxis im Vergleich zur alten Verordnung nichts ändern wolle. Begründet wurde dies mit einem schwammigen Bezug auf das Neutralitätsrecht, was – mit Verlaub – juristischer Hafenkäse ist, gibt es dort doch erstens keinerlei Definition von bewaffneten Konflikten und zweitens bezieht sich das Neutralitätsrecht ausschliesslich auf internationale und nicht auf interne Konflikte. An einer Pressekonferenz mit derselben Frage konfrontiert, fabulierte die sichtlich überforderte Bundesrätin Doris Leuthard etwas von Uno-Sanktionslisten, die ominöserweise alle bewaffneten Konflikte aufzählten. Genaueres konnte sie dazu jedoch nicht sagen und auf Nachfrage räumte ihr Departement ein, dass die Sanktionslisten mit der Kriegsmaterialverordnung nichts zu tun haben. Man darf gespannt sein, ob der Bundesrat gewillt ist, sich an seine eigene Verordnung zu halten und Exporte in Länder wie Pakistan oder die USA, welche in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, zu untersagen. Einen ersten Anhaltspunkt werden die Kriegsmaterial-Exportstatistiken für das erste Halbjahr 2009 liefern, welche im Juli veröffentlicht werden sollten.

Welches sind aktuelle Beispiele von bewaffneten Konflikten?

«Das RULAC-Projekt betrachtet die Situationen unter anderem in den folgenden Ländern als bewaffnete Konflikte: Afghanistan, Tschad, Kongo, Irak, Pakistan, Somalia, Sri Lanka und Sudan.»

Der Bundesrat windet sich

Pakistan war 2008 der Hauptabnehmer von Schweizer Waffen. Laut RULAC wüteten dort derzeit zwei interne bewaffnete Konflikte, einer in Waziristan und einer in Beluchistan. Von den nächstgrösseren Kunden sind – bis auf Saudi-Arabien – alle Staaten in die Konflikte in Afghanistan oder im Irak verwickelt. Selbst

* Mehr Informationen unter www.adh-geneva.ch/RULAC/



Skandalkarte: Schweizer Waffen töten - weltweit

(aw) In rund hundert Ländern hat die Schweizer Waffenindustrie in den letzten Jahrzehnten Kriegsmaterial geliefert. Kein Konfliktgebiet, in dem nicht mit Schweizer Waffen getötet wird. Burma, Irak, Iran, die Militärdiktaturen Südamerikas, das Apartheid-Regime Südafrikas – das waren und sind nur einige der illustren Kunden der Schweizer Rüstungskonzerne. Die von der GSoA entwickelte Internet-Seite maps.kriegsmaterial.ch erlaubt es nun, die Waffenexporte der letzten Jahre zu durchstöbern und eine Fülle von Informationen über die skandalösen Geschäfte zu entdecken.



SCHWEDEN

Hohe Strafen für FriedensaktivistInnen

In Schweden wurden zwei Aktivisten und eine Aktivistin zu hohen Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt, weil sie versucht haben, Gripen-Kampffjets unschädlich zu machen. Die Kampffjets sollen nach Thailand und Indien exportiert werden. Von Chrigi Hug

Am 22. März 2009 wurden Martin Smedjeback, Annika Spalde und Pelle Strindlund verhaftet, als sie im Rahmen der 2008 lancierten Kampagne «Avrusta» (Abrüsten) in einem Saab-Flugzeughangar in Linköping versuchten, für den Export vorgesehene Jas 39 Gripen-Kampffjets unschädlich zu machen. Seither befinden sie sich in Polizeigewahrsam.

Problematische Geschäfte vom Staat gefördert

Bereits 1999 wurden für 17 Milliarden schwedische Kronen (rund 2.4 Milliarden Schweizer Franken) 28 Flugzeuge dieses Modells nach Südafrika verkauft. Dieses Geld fehlt nun im Kampf gegen die Armut und HIV. Zudem haftet dem Geschäft der Vorwurf der Bestechung an. Sechs weitere Jas 39 Gripen sollen nächstens nach Thailand geliefert werden, obwohl der Chef der thailändischen Luftabwehr öffentlich erklärte, dass diese Flugzeuge im bewaffneten Konflikt im Süden des Landes zum Einsatz kommen sollen. Zurzeit wirbt Saab mit grosser Unterstützung des schwedischen Staates in Indien für den Verkauf von weiteren 126 Exemplaren. Die schwedischen Kampffjets könnten mit Atomsprengköpfen bewaffnet werden.

Thema Waffenexporte im Gericht

Die AktivistInnen forderten im Gerichtsverfahren Freispruch, da ihre Aktion der direkten und indirekten Verhinderung von Leiden und Tod gedient habe. Während der Verhandlung hatten sie verschiedentlich Gelegenheit, ethische und juristische Argumente für ihr Handeln vorzubringen. Annika Spalde, Diakonin der schwedischen Kirche, erklärte, dass schwedische Waffenexporte unzählige Opfer fordere. Wer vor diesem Hintergrund untätig bleibe, mache sich mitschuldig. Für Pelle Strindlund ist der zivile Gehorsam ein viel grösseres

Problem als der zivile Ungehorsam. Denn es sei die Pflicht der Bürgerinnen und Bürger, einzugreifen, wenn Regierung und Rüstungsindustrie zusammenarbeiten, um Waffen in arme Länder und Konfliktgebiete zu exportieren. Doch das Gericht verurteilte die drei AktivistInnen für versuchte Sabotage und unbefugtes Eindringen zu unbedingten Gefängnisstrafen von vier, fünf und sechs Monaten und einer Geldstrafe von gut 20'000 Franken.

Weitere Informationen finden sich unter www.ofog.org

Pelle, Martin und Annika



KLAGE GEGEN OERLIKON CONTRAVES

Vergangenheit holt Schweizer Waffenfirma ein

Im Jahr 2002 hat die südafrikanische «Khulumani Support Group» mehrere Unternehmen verklagt, welche Geschäfte mit dem Apartheid-Regime in Südafrika getätigt hatten. Ein Gericht in den USA hat diesen April entschieden, dass unter anderen die Klage gegen Oerlikon Contraves zugelassen wird. Die Ankläger aus Südafrika sprechen von einem grossen Erfolg.
Von Tom Cassee

2002 reichte die «Khulumani Support Group» eine Schadenersatzklage gegen zwanzig Unternehmen ein. Die südafrikanische Gruppe ist ein Zusammenschluss von Opfern des Apartheid-Regimes und setzt sich für die Aufarbeitung und Wiedergutmachung des Unrechts ein. Khulumani – in Zulu «die Stimme erheben» – hat nach langjährigem Rechtsstreit diesen April einen wichtigen Sieg errungen. Gegen fünf Unternehmen wird formal ein Prozess zugelassen, darunter auch gegen den deutschen Waffenkonzern Rheinmetall. Rheinmetall besitzt heute die Schweizer Firma Oerlikon Contraves, welche aus dem Waffengeschäft von Oerlikon Bührle entstanden ist. Der eigentliche Prozess wird wohl im Jahr 2011 beginnen.

Schweizer Waffenexporte für den Apartheids-Staat

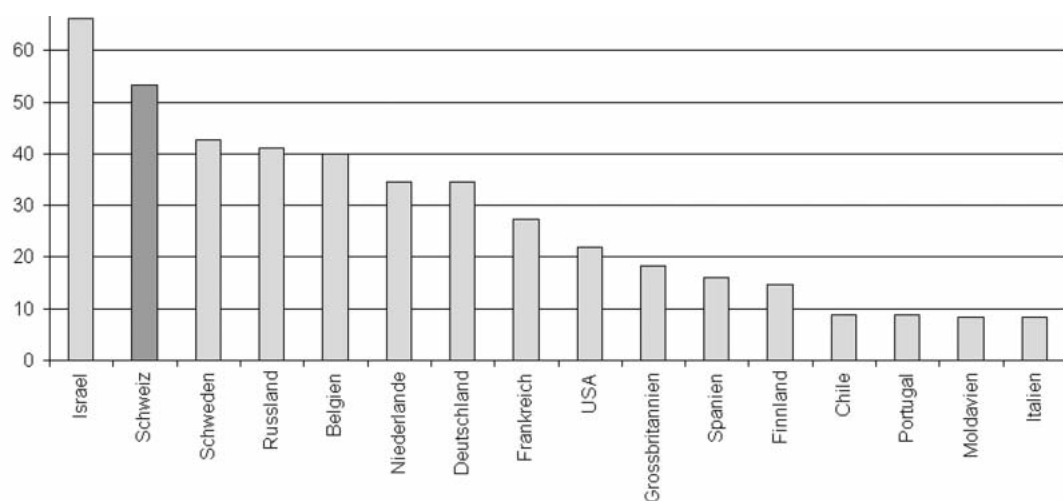
Dieter Bührle, ehemaliger Chef von Oerlikon Bührle, pflegte gute Kontakte zum südafrikanischen Regime: Seine Firma verkaufte für nahezu 200 Millionen Franken Kanonen nach Südafrika und lieferte Produktionslizenzen für

Waffen an südafrikanische Rüstungsbetriebe. 1978 erhielt er den Stern-Orden, die höchste militärische Auszeichnung des Apartheid-Regimes. Die offizielle Schweiz setzte sich unter einem Vorwand über das Waffenembargo des UN-Sicherheitsrats von 1963 hinweg, um für Schweizer Waffenproduzenten, darunter Bührle, die Profite zu sichern. Später musste die Schweiz Waffenexporte nach Südafrika als Folge internationalen Drucks verbieten. Oerlikon Bührle jedoch lieferte bis in die 1980er-Jahre weiterhin auf illegalem Weg Waffen an die mörderische Diktatur.

Gerichtsentcheid gegen Rheinmetall

Die «Khulumani Support Group» beurteilt auf Anfrage der GSoA-Zeitung das Urteil als eine «tektonische Verschiebung» im Kampf für Menschenrechte. Denn dies sei die Bestätigung, dass Unternehmen haftbar gemacht werden können, wenn sie durch (Waffen-)Lieferungen an Unrechtsregime Menschenrechtsverletzungen und aussergerichtliche Tötungen ermöglichen. Für eine Firma besteht damit eine sekundäre Haftung für ihre Produkte. Dies bedeutet, dass sich ein Unternehmen nicht länger aus der Verantwortung stehlen kann, wenn es annehmen muss, dass seine Waren und Dienstleistungen für Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden. Wenn das Urteil vom 8. April 2009 zu einer Verurteilung führen sollte, wäre das ein grosser Schritt in die richtige Richtung. Die Produzenten von Waffen und Munition wären endlich gezwungen, für die negativen Konsequenzen ihrer Exporte gerade zu stehen.

Kriegsmaterialexporte in Dollar pro Einwohner im Jahr 2008: Die Schweiz auf dem unrühmlichen zweiten Platz. Daten: Stockholm International Peace Research Institute SIPRI. Grafik: GSoA



RÜSTUNGSFIRMEN

Der Hightech-Konkurs von Macroswiss

Sie galt als Paradebeispiel der Wirtschaftsförderung im Tessin. Ein Muster für die Schaffung von Arbeitsplätzen und erfolgreiche Exporte im Hightech-Bereich: Die Rüstungsfirma Macroswiss. Doch plötzlich meldet sie Konkurs an. Von Adi Feller

Aufklärungsroboter, Wurfkameras oder Videokameraaufsätze für Gewehre und Pistolen produzierte die Firma Macroswiss in Lugano und Balera im Tessin. Die Firma wurde 1999 gegründet, von der Tessiner Wirtschaftsförderung unterstützt und als Beispiel der Ansiedlung von Hochtechnologiefirmen vorgezeigt. Einem breiteren Publikum bekannt wurde die Firma durch einen Beitrag im Schweizer Fernsehen, in welchem sie sich als Lieferantin von Aufklärungstechnik für die US-Armee im Irak präsentierte. Ein Blick auf die Website der Firma

machte jedoch klar, dass es hier offenbar keineswegs nur um Aufklärung ging: Aufgemacht wie ein Computerspiel wurden Einsatzmöglichkeiten von Kampfroobotern und Kameras gezeigt. Ein Einzelkämpfer stürmt ein Schiff und mit Hilfe seiner grandiosen Technik tötet er jeden einzelnen Feind, ohne selber je in Gefahr zu geraten. Es lebe die Illusion des «sauberen» Tötens.

Heute ist die Homepage nicht mehr erreichbar und im Handelsregister ist Macroswiss seit Ende März 2009 als «in Liquidation» verzeichnet. Ob dies eine Folge der Wirtschaftskrise oder anderer Gründe ist, bleibt unklar. Wenigstens für einmal zahlt sich das Geschäft mit dem Tod jedenfalls nicht aus. Als einziges übrig geblieben sind Videos auf YouTube, welche das Hightech-Kriegsmaterial von Macroswiss im Einsatz zeigen.

GESCHICHTE

Die Pilatus-Affäre

Die offizielle Schweiz akzeptierte Verkäufe von Pilatus-Militärflugzeugen an Staaten wie Guatemala, Burma, den Iran und den Irak nicht nur, sondern förderte sie aktiv, selbst nachdem klar wurde, dass die Flugzeuge gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurden. Wie konnte es dazu kommen? Ein historischer Abriss.
Von Jean-Marie Pellaux

November 1978: Ariel Herbez enthüllt im «Tout Va Bien Hebdo», dass das neue Modell PC-7 von Pilatus mit Aufhängepunkten unter den Flügeln versehen ist, die nach einigen geringfügigen Änderungen das Anbringen von Bomben ermöglichen. Der Bundesrat beschliesst, eine Untersuchung einzuleiten.

Januar 2008: Das französische Militär teilt der Agence France Presse mit, dass die tschadische Armee mit Pilatus-Flugzeugen in Darfur Rebellenlager bombardiert hat. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) beschliesst, ein «Verfahren zur Klärung der Angelegenheit einzuleiten.» Seit dreissig Jahren machen nun also die Flugzeuge der Pilatuswerke schon regelmässig von sich reden. Dreissig Jahre, während denen sich die Bundesbehörden aufgrund von immer neuen Enthüllungen der Presse immer wieder für ihre Ausfuhrpolitik rechtfertigen müssen.

Der Auslöser der Affäre

Im Jahr 1976 begannen die Pilatuswerke mit dem Verkauf von Flugzeugen des Typs PC-7. Die ersten Kunden – Burma, Bolivien, Mexiko und Guatemala – waren in erster Linie an den kriegstechnischen Möglichkeiten der Maschinen interessiert. Das Schweizer Gesetz verbot im Prinzip Exporte von bewaffneten Flugzeugen in Krisengebiete, doch der Bundesrat drückte diskret beide Augen zu.

Die Geschäfte gerieten jedoch schnell ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit: Als erster zeigte der «Tout Va Bien Hebdo» auf, dass es ein Leichtes ist, die sogenannten Trainingsflugzeuge in einen «Bomber für die Armen» umzurüsten. Das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) wiegelte ab: Es sei «ausgeschlossen», dass die PC-7 bewaffnet werden könne, behauptete Departementsvorsteher Chevallaz. Nun war jedoch die Affäre lanciert und seither gibt es regelmässig Vorstösse im Parlament, Petitionen und Proteste gegen den Export der Pilatus-Flugzeuge.

Die PC-7 im diplomatischen Kreuzfeuer

Auf internationaler Ebene führte fast jede neue Lieferung von PC-7-Flugzeugen zu diplomatischen Verstimmungen. Der britische Geheimdienst erkannte sehr schnell, dass die bewaffneten Pilatus-Maschinen der guatemaltesischen Armee eine Gefahr für die in Belize stationierten Truppen des Vereinigten Königreichs darstellten. Entsprechend nachdrücklich intervenierte die britische Diplomatie in Bern, so dass das Schweizer Aussenministerium grösste Mühe hatte, sie zu besänftigen.

Im Januar 1980 beginnt die Lieferung von 52 PC-7 in den Irak. Als erst ein Teil der Maschinen in den Irak überführt ist, greift Saddam Husseins Armee den Iran an. Der erste Golfkrieg beginnt. Nicht nur die Presse protestiert gegen die Lieferung der restlichen Flugzeuge, auch der Iran beschwert sich vehement. Dieter Bührle, der damalige Besitzer der Pilatuswerke, geht das Problem auf seine Art an: Auch mit dem Iran schliesst er einen Kaufvertrag für 50 Pilatus-Maschinen ab. Die iranischen Piloten werden 1983 in der Schweiz geschult, und die Flugzeuge schliesslich von Schweizer Militärpiloten mitten im Krieg in den Iran geflogen. Dagegen intervenieren nun neben dem Irak auch Saudi-Arabien, die Arabische Liga und vor allem die USA beim Schweizer Aussenministerium. Die von der Firma aus Nidwalden ausgelösten diplomatischen Kollateralschäden erreichen ihren Höhepunkt 1993, als der UN-Sicherheitsrat die Schweiz zwingen muss, Pilatus daran zu hindern, Militärflugzeuge an das Apartheid-Regime in Südafrika zu liefern.

Keine Sicherheit durch Pilatus

Die Bundesbehörden zeigten sich immer wieder bereit, für die Pilatuswerke ihre Beziehungen zu befreundeten Ländern aufs Spiel zu setzen, die Position der Schweiz auf der internationalen Bühne zu schwächen und die eigene Neutralitätspolitik unglaubwürdig zu machen. Man ist versucht zu konstatieren, dass die Exporte der PC-7-Flugzeuge aus Sicht der Sicherheit insgesamt einen negativen Effekt hatten.

Das aktuelle Buch von Jean-Marie Pellaux heisst «L'affaire Pilatus». Es ist erschienen in der Sammlung «Aux Sources du Temps Présent», Département d'histoire contemporaine Uni Fribourg, 2008, 250 Seiten, 38.– Fr.



Bewaffnung eines PC-7-Flugzeugs, wie es beispielsweise an Burma geliefert wurde.

SINNKRISE

Maurers Suche nach dem Feind

Der Armee ist mit Ende des Kalten Krieges der Feind abhanden gekommen. Man durfte deshalb gespannt sein auf die Rede von Ueli Maurer anlässlich der SVP Delegiertenversammlung in La Brévine. Maurer war angetreten, um zu erklären, weshalb wir trotzdem noch eine Armee brauchen. Von Martin Parpan

Ueli Maurer begann seine Rede ganz weit vorne. Er bediente sich der griechischen Sagen- und Mythenwelt mit der Geschichte der Trojaner. Sie hatten sich damals in falscher Sicherheit gewährt, nur weil sie den Feind nicht sahen. Sie legten ihre Waffen nieder. Der Feind hatte sich jedoch nur versteckt, Troja wurde niedergebrannt.

Nun spannte Maurer den Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart. Er sieht die Schweiz in einer ähnlichen Situation wie die Trojaner damals. Der Feind ist auf den ersten Blick zwar nicht sichtbar, wir sind aber trotzdem in Gefahr. Um klar zu machen, wo diese Gefahren lauern, setzte Maurer im zweiten Teil seiner Rede zu einem wahren Bedrohungsfeuerwerk an. Er zählte alles auf, was in den Köpfen mit Gefahr assoziiert ist. Da war der Hinweis auf den islamistischen Terror, die Möglichkeit von Angriffen auf unsere Alpentransversalen

oder etwa potentielle Übergriffe auf unsere Computerverbindungen. Er sprach aber auch von Jugendbanden in den Banlieues, die auch bei uns auftreten könnten oder von Ressourcenkonflikten am Beispiel des Gaststreits zwischen der Ukraine und Russland.

Kampf um Steuersubstrat

Gegen Schluss verwies Maurer auf die durch die Finanzkrise getriebenen nationalen Interessen anderer Staaten. Er meinte, dass die Schweiz erste Auswirkungen schon zu spüren bekomme. Es ist anzunehmen, dass Maurer mit diesem Hinweis auf unseren nördlichen Nachbarn anspielte, welcher gegen das Schweizer Bankgeheimnis vorgeht. Er sprach dabei vom «Kampf um Steuersubstrat».

Fazit: Maurer gibt unumwunden zu, dass derzeit kein Feind in Sicht ist. Die Armee braucht aber eine Bedrohung, gegen die sie ankämpfen kann, um sich aus der grossen Sinnkrise zu befreien. Maurer versucht dieses Dilemma zu lösen, indem er alles mögliche aufzählt, was bei einem Teil seiner Zuhörer ein Gefühl der Angst hervorruft. Maurer fasste es mit den Worten zusammen: Solange man uns etwas wegnehmen kann, sind wir bedroht. Was Maurer in seiner Rede aber vermieden hat, ist die von ihm erwähnten Gefahren mit der Rolle der Schwei-

zer Armee zu verbinden. Er ist sich wohl durchaus bewusst, dass seine Armee gegen Terrorismus, Angriffe auf Computerverbindungen oder Jugendbanden kein taugliches Mittel ist. Und so bleibt der grösste Feind der Schweizer Armee auch nach Maurers Rede das Fehlen des Feindes. Alles andere wäre auch überraschend gewesen.

WAFFEN INS ZEUGHAUS

Freiwillige und unfreiwillige Waffenabgaben

Es besteht jederzeit die Möglichkeit, Waffen und Munition bei der Polizei abzugeben. Und doch finden die erstmalig öffentlich angekündigten Waffenabgabeaktionen in verschiedenen Kantonen eine grosse Resonanz. Von Adi Feller

Durchgeführt wurden die Aktionen wegen des im Zusammenhang mit dem Schengen-Abkommen revidierten Waffenrechts vom Dezember 2008. Abgabeaktionen wurden noch nicht in allen Kantonen durchgeführt. Das schweizweit zusammengekommene Arsenal lässt sich dennoch sehen. Bei den Abgabeaktionen in den Kantonen Solothurn, Glarus, Basel-Stadt, Zug und Nidwalden wurden knapp über 2000 Waffen, mehrere 100 Kilogramm Munition sowie einige Kilogramm Sprengstoffe abgegeben. Bei den Waffen handelte es sich vor allem um Armeewaffen wie Karabiner, Pistolen oder Sturmgewehre, aber auch um Bajonette, Schwerter, Revolver, Pump-Actions bis hin zur Kalashnikov. Wie fahrlässig der Umgang mit Waffen ist, zeigt das Beispiel von Basel-Stadt, wo zwei Dutzend Waffen noch geladen waren. Die Aktionen zeigen: Viele Menschen wissen gar nicht, was sie zu Hause stehen haben und sind froh, Waffen abgeben zu können.

Abgabezwang

Nicht immer wird die Anzahl der abgegebenen Waffen bekannt. So im Kanton Aargau, wo Anfang April eine Abgabeaktion stattfand aber bis heute keine Mitteilung der Polizei über die Ergebnisse erhältlich ist. Basel-Stadt hat als ein-

ziger Kanton Konsequenzen gezogen und angekündigt, die Aktion aufgrund der vielen Abgaben auch nächstes Jahr wieder durchzuführen. Währenddessen wurde vom VBS bekannt gegeben, dass 100 Soldaten ihre Waffe vorläufig abgeben müssen, weil bei ihnen eine Missbrauchsgefahr bestehe. Beim Feststellen dieser Missbrauchsgefahr ist die Armee einzig auf Hinweise aus dem Umfeld dieser Personen angewiesen. Statt das Problem grundsätzlich anzupacken und die Armeewaffen im Zeughaus zu lagern, wird ein wenig Kosmetik betrieben.



Waffensammel-Aktion in einem südasiatischen Land



Patrick Angele, Vize-Präsident des Dübendorfer Gemeinderates

LOKALPOLITIK

Geistige Landesverteidigung in Dübendorf

Patrick Angeles Wahl zum Vize-Präsidenten des Dübendorfer Gemeinderats ist unsicher. Grund: Patricks Job bei der GSoA. Von Sebi Dissler

Turnusgemäss sollte Patrick Angele (SP/Juso), der seit drei Jahren auf dem Sekretariat der GSoA in Zürich arbeitet, im Mai zum ersten Vize-Präsidenten des Dübendorfer Gemeinderats gewählt werden. In einem Jahr würde er dann Präsident und somit höchster Dübendorfer. Doch nun versucht eine Gruppe von bürgerlichen Politikern Patricks Wahl zu verhindern.

«Ein GSoA-Aushängeschild kann die Stadt bei militärischen Anlässen nicht glaubwürdig repräsentieren», lässt sich Hans-Felix Trachsels, Fraktionspräsident der SVP, im «Glattaler» zitieren. Patrick Angele erwidert: «Natürlich kann ich als GSoA-Aktivist an militärischen Anlässen teilnehmen. Das ist gerade das Spannende an der Demokratie. In der Logik Trachsels könnte ein SVP-Parlamentspräsident auch nicht an der Eröffnung eines neuen AsylbewerberInnen-Zentrums teilnehmen.»

FDP-Fraktionspräsident Rudolf Herter meint: «In den vergangenen Jahren hat Patrick Angele bei mir nicht den Eindruck vermittelt, dass er seine persönlichen Überzeugungen zu Gun-

sten des Gemeinwohls hinten anstellen kann.» Brisant: Herter arbeitet für Rheinmetall Air Defence (die frühere Oerlikon Contraves). Ein Rüstungskonzern, der von der GSoA-Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten betroffen wäre. Dass genau er die Wahl von Patrick verhindern will, zeugt auch nicht unbedingt davon, dass er private Interessen besser zurückstellen kann.

Vermutlich stört die gutbürgerlichen Herren nicht nur Patricks friedenspolitisches Engagement, sondern auch sein politischer Erfolg. Dank seinem persönlichen Einsatz wird nun der Bahnhof Stettbach umgebaut, und alte Bauernhäuser wurden vor dem Abriss bewahrt. Es wäre übrigens nicht das erste Mal, dass ein GSoA-Mitglied ein kommunales Parlament präsidierte würde: Roni Vonmoos (Grüne) präsidierte bereits Anfang der 90er-Jahre das Luzerner Stadtparlament. Doch die bürgerlichen Beton-Köpfe in Dübendorf scheinen sich als letzte Gralshüter der geistigen Landesverteidigung zu verstehen. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Reduit bald geschliffen wird.

PS: Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns noch die Meldung, dass Patrick Angele knapp zum ersten Vize-Präsidenten Dübendorfs gewählt wurde. Wir gratulieren!

SICHERHEITSPOLITISCHER BERICHT

GSoA fordert radikale Kurskorrektur

Das Verteidigungsdepartement VBS hat die GSoA im Rahmen der Überarbeitung des «Sicherheitspolitischen Berichts» (SIPOL) angehört. Eine radikale Kurskorrektur in der Sicherheitspolitik, wie sie die GSoA fordert, ist aber kaum zu erwarten.

Von Reto Moosmann

«Maurer hört auf Armeegegner», titelte der Sonntagsblick in seiner Ausgabe vom 1. Februar und berichtete, dass das VBS im Rahmen der Überarbeitung des SIPOL auch die Meinung der GSoA hören will. Nebst der GSoA lud das VBS rund 50 Organisationen, Parteien, Kantonsvertreter und Fachleute ein. Anlässlich dieser Anhörung präsentierte die GSoA ihr Positionspapier zur schweizerischen Sicherheitspolitik. Die GSoA fordert darin einen radikalen Kurswechsel. Künftig soll die früh-

zeitige, präventive Bekämpfung der Ursachen von internen und zwischenstaatlichen Konflikten im Zentrum stehen. Die Sicherheitspolitik soll sich an den realen Bedrohungen orientieren, und nicht an den Bedürfnissen einer delegitimierten Armee.

Ob die Forderungen der GSoA gehört werden, muss indessen bezweifelt werden: Die Überarbeitung des Berichts, die noch unter Bundesrat Samuel Schmid in Auftrag gegeben wurde, soll nämlich primär dazu dienen, den Kauf neuer Kampfflugzeuge zu legitimieren. Ein weiteres Papier, das vom Faktum ausgeht, dass die Schweiz eine Armee hat, der alle möglichen (und unmöglichen) Aufträge erteilt werden können, braucht die Schweiz aber nicht.

Das Positionspapier der GSoA findet sich auf www.gsoa.ch

SRI LANKA

Nachhaltige Friedenssicherung statt Opferlust und Kriegsmythos

Die Ursachen für den Krieg in Sri Lanka liegen in dessen Kolonialgeschichte. Die derzeitigen militärischen Auseinandersetzungen verbreiten unendliches Leid, tragen aber nichts zur Lösung des Konflikts bei. Von Barbara Gysel* und Rupan Sivaganesan*

Die sich abzeichnende humanitäre Katastrophe in Sri Lanka gründet auf der ungebrochenen Kampfes- und Opferlust beider beteiligten Kriegsparteien. «We must do our duty on the battlefield», sagt etwa Athurliye Rathana, buddhistischer Mönch, Parlamentsmitglied und Vertreter einer nationalistisch-singhalesischen Partei in Sri Lanka. Er hat auf der militärischen Intervention der Regierung gegen die tamilischen Rebellen (Liberation Tigers of Tamil Eelam, LTTE) und den Ausschluss ausländischer Beobachter insistiert: Und er gibt unverblümt zu: «Am I an extremist? Sometimes I am.»

Kolonialgeschichte

Der singhalesische Chauvinismus in Worten und die Unterdrückung der tamilischen Bevölkerung in Taten sind auch als Folge der Kolonialgeschichte zu sehen: Die Briten setzten in den 30er- und 40er-Jahren vornehmlich Tamilen als Beamte des Empires ein, was diese

zur Verwaltungselite werden liess. Das führte dazu, dass die singhalesische Mehrheit diesen tamilischen Bildungs- und Machtvorsprung im Anschluss an die Unabhängigkeit Sri Lankas von 1948 wieder beseitigen wollte. 1956 und 1972 wurde Singhalesisch zur alleinigen Staatssprache erklärt und die Vorrangstellung der buddhistischen Religion gefestigt. Zusätzlich verschärfte gegen die tamilische Bevölkerung gerichtete, regionale Zulassungsstandards im Bildungswesen die Spannungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen. Tamilische Parteien versuchten jahrelang vergeblich, eine Gleichberechtigung auf politischem Weg zu erreichen.

Prozess zunehmender Radikalisierung

Ab Beginn der 1970er-Jahre erhob die tamilische Minderheit schliesslich Forderungen nach einem eigenen Tamilenstaat (Tamil Eelam). Im Anschluss ans Scheitern politischer Lösungen kam es so zur Bündelung der widerständischen Kräfte in der Gründung der LTTE und anderer bewaffneter Organisationen. Dieser Prozess zunehmender Radikalisierung wurde von Misstrauen, Spaltung und Ermordungen innerhalb der Aufständischen verschärft. Ein neuerliches Pogrom in Tamilen im Juli 1983 führte zu einer Fanatisierung beider ethnischen Lager, die in einen eigentlichen

Bürgerkrieg mündete. Immer wieder flammten Kampfhandlungen auf, die im Laufe der vergangenen Monate nun ihren traurigen Höhepunkt fanden.

Helvetisches Demokratiemodell

Nachdem die sri-lankische Regierung die norwegische Vermittlungsmission gekündigt hat, braucht es nun dringend einen neuen Anlauf. Nach einer längeren Phase der Inaktivität soll die Schweiz bei der Bewältigung des Konflikts und der Etablierung eines dauerhaften Friedens

Verantwortung übernehmen. Die interdisziplinäre und überparteiliche Friedensaktion fit4peace fordert in diesem Sinn ein sofortiges humanitäres Engagement und diplomatische Vermittlung durch die Schweiz. So empfiehlt der Friedensforscher Johann Galtung Sri Lanka ein föderales Demokratiemodell helvetischer Prägung.

Statt nun herbe Kriegsverluste in Opfer- und Aufopferungsmythen umzudeuten und hoch zu stilisieren, sind die verheerenden Leiden der sri-lankischen Zivilbevölkerung umgehend zu beenden. Die kriegerische Lösung hat das Fundament für ein friedliches Zusammenleben stark erschüttert. Jetzt muss es deshalb um einen nachhaltigen Frieden mit einer Entgiftung des politischen Klimas gehen.

* Barbara Gysel und Rupan Sivaganesan leiten die Friedensaktion fit4peace, www.fit4peace.ch



Clown-Armee am Nato-Gipfel in Strassburg

NATO-GIPFEL

Friedenstaube Obama?

Am 3. und 4. April feierte die Nato in Strassburg und Baden-Baden ihr 60-jähriges Jubiläum. Barack Obama hatte im Vorfeld des Gipfels eine «Welt ohne Atomwaffen» in Aussicht gestellt. Dennoch ist von der Nato auch unter seiner Präsidentschaft nichts Gutes zu erwarten. Von Andreas Cassee

Seit seiner Rede zur Atomwaffenfrage in Prag gilt Obama vielen als Präsident der Abrüstung. Doch der Schein trügt: Die Armeeausgaben der USA sind im Budget 2010 um 20 Milliarden Dollar höher veranschlagt als unter George W. Bush. Und Obama drängt auch Europa zur Aufrüstung: «Wir wollen nicht der Schutzpatron Europas sein, wir wollen der Partner Europas sein», sagte er in Strassburg. Und: «Je mehr militärische Fähigkeiten wir sehen, desto glücklicher werden wir darüber sein». Mehr Soldaten nach Afghanistan, mehr Soldaten in den Irak – das sind zwei der zentralen Beschlüsse des Nato-Gipfels.

GSoA-Bus Einreise verwehrt

Derweil deutet wenig darauf hin, dass es Obama ernst ist mit der nuklearen Abrüstung. Die Nato halte an «Abschreckung, die auf einer richtigen Mischung von nuklearen und konventionellen Fähigkeiten beruht» fest, heisst es in der Abschlusserklärung des Nato-Gipfels.

Und eine Entspannung der Beziehungen zu Russland, die für echte Abrüstungsschritte unerlässlich ist, ist nicht in Sicht. Denn Obama beharrt auf den Plänen für einen Raketenabwehrschild in Osteuropa. Im Westen als «rein defensive» Einrichtung propagiert, wird dieser von Russland als Bedrohung wahrgenommen. Nicht ganz zu Unrecht: Mit der Raketenabwehr selbst kann zwar kein Erstschatz erfolgen – doch sie kann die Zweitschlagfähigkeit Russlands reduzieren und damit einen Erstschatz unterstützen.

Zwar mag die Wahl Obamas aus friedenspolitischer Sicht ein Fortschritt sein gegenüber der Ära Bush. Eine Friedenstaube ist der neue US-Präsident deshalb noch lange nicht. Druck von unten bleibt die einzige Hoffnung auf eine Zivilisierung der Welt. Doch solcher war in Strassburg nicht gerne gesehen: PACE-Fahnen wurden polizeilich von Balkonen entfernt. Und ein Bus voller AktivistInnen aus der Schweiz, darunter viele GSoAInnen, wurde an der Grenze mit der Begründung abgewiesen, sie seien eine potenzielle Bedrohung für die Sicherheit Frankreichs und der EU. Begründet wurde dies ebenfalls mit PACE-Fahnen, welche die Grenzpolizisten im Gepäck fanden. Um ehrlich zu sein: Uns scheinen Atomwaffen dann doch die grössere Bedrohung zu sein als PACE-Fahnen.

WIDE SWITZERLAND

Frieden und Geschlechtergerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit sind zentrale Elemente einer umfassenden Friedenspolitik. Diese Sicht gilt es in verschiedenen Politikfeldern durchzusetzen. Eine wichtige Akteurin ist dabei das feministische Netzwerk Women in Development Europe – WIDE. Von Franziska Müller*

Wenn Konjunkturprogramme sich einseitig auf die Arbeitsplatzsicherheit und die Berufskarrieren von Männern konzentrieren; wenn sich öffentliche Budgets nur an marktwirtschaftlichen Kriterien orientieren und soziale Sicherheit hinter die nationalstaatlichen und militärischen Sicherheit zurückgestellt wird; wenn die Entwicklungszusammenarbeit unter Legitimationsdruck auf Effizienz und Rentabilität setzt – dann wird Ungleichheit verschärft. In Zusammenarbeit mit Südnetzwerken analysiert und beeinflusst WIDE die internationale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, um die negativen Aspekte der neoliberalen Globalisierung zu bekämpfen. Schauplätze sind zum Beispiel die EU- und Efta-Freizahndelspolitik, die Doha- und Accra-Runden zu Entwicklung, die Uno-Reform oder die nationale und internationale Umsetzung der UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit.

WIDE Plattform Schweiz

Ende 2008 haben Gender-Praktikerinnen aus NGOs, Bewegungen und Wissenschaft WIDE Switzerland gegründet. Das Netzwerk erarbeitet aus der Geschlechterperspektive Analysen und Positionen zur Schweizer Entwicklungs-, Wirtschafts- und Aussenpolitik, mischt sich in politische Debatten ein und ist in den internationalen WIDE-Strukturen aktiv. WIDE Switzerland steht allen Interessierten offen. Die Geschäftsstelle von WIDE Switzerland ist bei der Feministischen Friedensorganisation cfd und beim Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung IZFG der Universität Bern angesiedelt.

Zum Auftakt organisiert WIDE Switzerland eine internationale Konferenz zur Care Ökonomie, der Ökonomie des (Ver-)Sorgens und Pflegens. Sie findet vom 18.-20. Juni 2009 in Basel statt und bietet interessierten Frauen und Männern jüngste Forschungsergebnisse, transnationalen Austausch und Beteiligung an der Entwicklung feministischer Alternativen zum ökonomischen, entwicklungs- und sozialpolitischen Mainstream. Weitere Informationen finden sich unter www.wide-network.ch.

*Franziska Müller ist Programmverantwortliche für Friedenspolitik beim cfd.

INSEPARAT

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

55

Demokratie und globale Wirtschaftskrise

Finanzmarkt-Kapitalismus, Wirtschaftsdemokratie, öffentlicher Sektor, Verteilungsgerechtigkeit; Gleichberechtigung, Geschlechterdemokratie; Erwerbsarbeit und Familie; Postdemokratie, Gewerkschaften; Pensionskassen; Zukunft der Demokratie und politische Bildung; SVP contra Rechtsstaat

M.R. Krätke, H. Schöppl, H.-J. Bontrup, H. Schui, W. Spieler, A. Demirović, F.O. Wolf, G. Notz, Th. Wüthrich, K. Dörre, W. Hafner, U. Marti, S. Da Rin, S. Künzli, M. Spescha

Diskussion

H.-J. Burchardt: Die Herausforderung Lateinamerika
R. Rey: Demokratische Entwicklungen
B. Ringger: Chavismo und Demokratie in Venezuela
S. Ben Néfissa: NGO, Staat, Zivilgesellschaft

240 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)

zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich

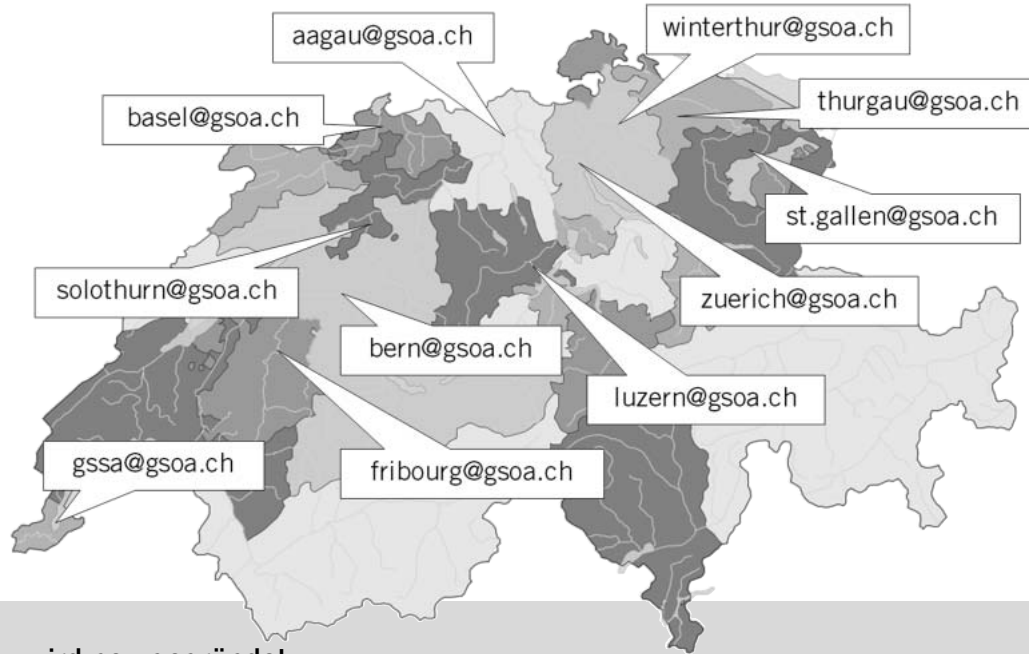
Tel./Fax 044 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Aktiv bei einer Regionalgruppe

Ob bei der Unterschriftensammlung für eine Initiative, bei der Organisation einer Friedensdemo oder einer Aktion auf der Strasse: Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA

Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Lust, aktiv zu werden? Dann melde dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, dich kennen zu lernen!



Wir sind auf Ihre Spende angewiesen

Die GSoA hat im September 2007 die Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» eingereicht und gleichzeitig begonnen mit der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt», welche das Sturmgewehr ins Zeughaus verbannen will. Nahtlos haben wir anschliessend erfolgreich die Initiative gegen die neuen Kampfflugzeuge lanciert und werden sie in den nächsten Wochen einreichen. Um all die Kosten zu decken, die aus den drei Kampagnen entstehen, sind wir auf Ihre Spende angewiesen. Der Druck von Unterschriftenbogen, Argumentarien und Plakaten und natürlich die bevorstehenden Abstimmungskämpfe kosten viel Geld. Auch die Beglaubigung der Unterschriften, die wir selber durchführen, ist mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Mit Ihrem Geldbeitrag ermöglichen Sie uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein tragen Sie unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. Herzlichen Dank!

GSoA-Aargau wird neu gegründet

(pa) Im Hinblick auf die Abstimmungskampagne für unsere Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» kommt Bewegung in die Nordwestschweiz. Der junge GSoA Benjamin von Wyl, der sich bisher stark bei den JungsozialistInnen engagiert hat, hat das Heft in die Hand genommen

und möchte eine starke GSoA-Regionalgruppe im Kanton Aargau gründen. Die Gründungsveranstaltung findet am Mittwoch, 3. Juni, ab 19:00 Uhr in der Alternativbar «Garage» am Kirchenplatz in Aarau statt. Kontakt: aargau@gsoa.ch oder 077 412 5731.

Fitamin 20./21. Juni - GSoA-Wochenende zur Vorbereitung auf den Abstimmungskampf um die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten». Mehr dazu auf Seite 2 dieser Zeitung.



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ, Wohnort _____

Tel./E-Mail _____

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt Kampffjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampffjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.-	
	Friedensfahne arabisch-hebräisch		Fr. 15.-	
	Panzerknacker		kostenlos	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	Faltprospekt Kampffjet-Initiative		kostenlos	
	Argumentarium Kampffjet-Initiative		kostenlos	
Spende			<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-	
Versandkostenanteil				Fr. 4.80
Rechnungsbetrag				

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Felix Birchler (fb), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Sebastian Dissler (sd), Adi Feller (ad), Beat Hatz (beh), Chrigi Hug (ch), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Michi Stegmaier (ms), Andreas Weibel (aw, verantwortlich)
Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich
Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-
Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.- **PC-Konto:** PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.